



# MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze



11/2007

## DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung



### Gründungsparteitag DIE LINKE. Lausitz

Es ist vollbracht. Der neue Kreisverband DIE LINKE. Lausitz ist gegründet. Es war ein Abstimmungs- und Wahlmarathon, der den 121 anwesenden Delegierten am 27. Oktober 2007 abverlangt wurde. Doch nachdem sich die herbstlich-feuchte Dunkelheit über Cottbus ausgebreitet hatte, waren fast alle notwendigen Beschlüsse und Wahlen abgearbeitet, die für die Arbeitsfähigkeit des neuen Kreisverbandes erforderlich sind.

**Die wichtigsten Ergebnisse:**

1. Der Grundsatzbeschluss zur Fusion der beiden Kreisverbände Cottbus und Spree-Neiße wurde mit nur zwei

Enthaltungen mit überwältigender Mehrheit gefasst.

2. Der Gründungsbeschluss zur Bildung des neuen Kreisverbandes DIE LINKE. Lausitz wurde einstimmig gefasst.

3. Es wurde ein 22-köpfiger Kreisvorstand unter Führung von Diethelm Pagel und Jürgen Siewert (Stellvertreterinnen: Dr. Edeltraud Radochla, Herta Venter, Geschäftsführer: André Kaun, Schatzmeisterin: Annelly Richter, Forster Mitglieder: Adelheid Singer, Ingo Paeschke) gewählt, der in der kommenden Zeit vor allem zwei Aufgaben hat:

a) das Zusammenwachsen der beiden

Kreisverbände auch organisatorisch und inhaltlich zu gestalten und

b) die Kommunalwahlen 2008 sowie die Europa-, Bundes- und Landtagswahlen 2009 vorzubereiten und den Wahlkampf zu führen.

4. Auch die Delegierten zum Bundes- und zum Landesparteitag wurden gewählt.

5. Wegen noch fehlender weiblicher Vorschläge wurde die Wahl der Vertreter/-innen in den Landesauschuss auf eine noch in diesem Jahr stattfindenden 2. Tagung des Kreisparteitages verschoben, die im Dezember stattfinden soll.

6. Wegen der doch zeitraubenden Wahlhandlungen für die Konstituierung des neuen Kreisverbandes wurde die Diskussion und Beschlussfassung über den Leitantrag »Für eine lebenswerte Region – heute und künftig« auf diese 2. Tagung des Kreisparteitages verschoben. Die Anträge 11, 13 und 15 wurden in Verbindung mit dem Grundsatzbeschluss zur Fusion bereits abgestimmt und entfallen daher für die weitere Bearbeitung.

**Dr. Edeltraud Radochla,  
Stellvertretende Vorsitzende  
des KV Die Linke. Lausitz**

### Blindverkauf



Die SVV hat beschlossen, maximal 49 Prozent der Stadtwerke zu verkaufen. Der Bürgermeister nennt dies strategische Partnerschaft. Praktisch soll ein

Unternehmen gefunden werden, dass neben einer finanziellen Beteiligung auch fachliche Qualität besitzt. Es geht also eigentlich nicht darum, den Höchstbietenden zu finden, sondern die beste Kombination aus fachlichem »Know how« und Preis. Andere Kriterien wollte die Stadtverordnetenversammlung, gegen unsere Stimmen, nicht festlegen, obwohl dies gerade zur Erhaltung des Hallenbades dringend geboten gewesen wäre. ➤ S. 2

### Grüße aus Lateinamerika

Hiermit möchte ich, Erik Hofedank, alle Leserinnen und Leser des Malxebatts aus dem fernen Lateinamerika grüßen. Noch bis Ende Dezember leiste ich in Bogota, der Hauptstadt Kolumbiens, Jugendarbeit. In den vergangenen Monaten bin ich durch Kolumbien, nach Kuba und Ecuador gereist, habe beeindruckende Landschaften gesehen und viele Menschen mit ihren Problemen und Träumen kennengelernt.

Nicht viele haben die Möglichkeit, für ein Jahr nach Lateinamerika zu gehen, doch jeder hat die Möglichkeit, sich ins Bewusstsein zu rufen, dass hier die Menschenrechte systematisch mit Füßen getreten werden. Paramilitärs verüben Massaker, die Gesundheitsversorgung ist miserabel und Kinder sterben an

Hunger. Davon profitiert eine kleine von den USA unterstützte Oligarchie, doch trotz dieser Zustände hat das Volk die Hoffnung nie aufgegeben.

Zu lange schien Kuba mit seinem anti-imperialistischen Kampf auf verlorenem Posten zu stehen, doch mit dem Wandel in Venezuela, Bolivien, Nicaragua und Ecuador wächst die Hoffnung der Menschen. Nicht wenige sind der Meinung, dass jetzt eine ganz neue Epoche für diesen geknechteten Kontinent und die gesamte Dritte Welt anbricht.

Alle, die sich für das Gute einsetzen, sollten sich solidarisch mit den um Freiheit kämpfenden Völkern in Lateinamerika zeigen. Das Mindeste was jeder von uns tun kann ist, sich selber weitergehend über die Zustände hier zu informieren. ➤ S. 2

## Blindverkauf

(Fortsetzung von Seite 1)

Der Hauptausschuss, in dem neben dem Bürgermeister neun Stadtverordnete aller Fraktionen vertreten sind, wurde beauftragt, den Prozess der Entscheidungsfindung bis zum Verkaufsvorschlag zu begleiten. Ein Leipziger Unternehmen wurde vertraglich gebunden, diesen Prozess zu organisieren und rechtlich zu begleiten. Dies ist ein üblicher Verfahrensweg. Im Ausschuss, der in einer Sondersitzung eigens zu dieser Problematik tagte, erwarteten wir Offenheit zu allen Fakten des Verkaufsprozesses. Aber die Wirklichkeit ist wieder mal eine andere. In einem ersten Auswahlverfahren wurden den Ausschussmitgliedern nur anonyme Angebote vorgestellt. Die Forderung, zu erfahren, wer denn nun zu welchem Angebot gehört, wurde durch den Bürgermeister und die begleitende Firma abgelehnt. In einer Abstimmung zu diesem Problem stimmten alle anderen Fraktionen für das anonyme Verfahren, mit der Begründung, man wolle lieber nicht so viel wissen, sonst könnte man ja etwas verraten. Dies ist für Stadtverordnete, die eine der wichtigsten Entscheidungen der Legislaturperiode fällen sollen, ein kaum nachvollziehbarer Standpunkt. In einem Gremium aus zehn gleichberechtigten Personen kennt nur einer, nämlich der Bürgermeister, alle Details, der Rest dagegen nur Verschleierte. Nun kann es natürlich sein, dass die eine oder andere Fraktion vom Bürgermeister interne Informationen erhält, um nur uns außen vor zu lassen. Das

Vertrauen in ein faires Verfahren haben wir jedenfalls verloren. Die Zustände erinnern schon wieder an eigentlich vergangen geglaubte Zeiten und Stadtverordnete, die sich selbst nicht vertrauen, sollten darüber nachdenken, ob sie noch den richtigen Job machen. Unsere Fraktion wird unter diesen Umständen über die weitere Teilnahme am Verkaufsprozess auf ihrer nächsten Fraktionssitzung entscheiden.

### Zurück zur Parkuhr

Die Verwaltung will das Haushaltsloch verkleinern. Da darf man dem Bürger schon mal wieder in die Tasche greifen. Die Parkuhr soll in der Cottbuser- und Berliner Straße wieder Auferstehung feiern. 35.000 Euro soll der Spaß kosten und dann Geld in die Stadtkasse spülen. Vor knapp zehn Jahren hatten die Fraktionen von SPD und PDS die zurzeit gültige Parkordnung durchgesetzt. Wir werden dieser Linie treu bleiben. Neue Parkgebühren werden kaum die 25 Mio. Haushaltsdefizit verringern. Leider fehlt uns bisher die Unterstützung der Einzelhändler. Der Einzelhandelsverband wurde nicht gefragt und der Gewerbeverein hat nichts gegen die Erhebung neuer Gebühren. So zumindest erklärte es der Vereinsvorsitzende Wolff in der Lausitzer Rundschau. Die potenziellen Kunden sehen dies wahrscheinlich anders, aber Reaktionen wird es wohl erst nach der Wiedereinführung des Abkassierens geben.

**Ingo Paeschke,**  
Vorsitzender der Fraktion Die Linke.  
der SVV Forst

## Grüße aus ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Als Erstes könnten Sie dazu meine kleine Internetpräsenz besuchen. Die Adresse lautet

[www.erik-in-kolumbien.de](http://www.erik-in-kolumbien.de)

Mit freundlichen Grüßen

**Erik Hofedank**



## Einzigartig



Wer glaubt, dass unsere Heimatstadt nichts Einmaliges zu bieten hat, der täuscht sich. Forst verfügte mehr als 70 Jahre über die umfangreichste innerstädtische Industriebahn Deutschlands, im Volksmund oft und ungeliebt die »Schwarze Jule« genannt.

Umso verwunderlicher war es, dass die Denkmalbehörden erst vor wenigen Monaten reagiert haben und verbliebenen Spuren überwiegend in Form der noch vorhandenen Schienen der Forster Stadteisenbahn, mit einem entsprechenden Bescheid, unter Schutz stellten. Zu spät und unter heutigen Umständen über das Ziel hinaus.

Es galt nun für die Abgeordneten einen Kompromiss zu finden, der möglichst allen Seiten gerecht wird. Die Meinungen einzelner Abgeordneter gingen von »alles rausreißen!« bis »alles erhalten!«.

Unsere Fraktion hat sich zunächst im Juli vor Ort ein Bild vom Zustand der Gleisanlagen gemacht und einen Vorschlag eingebracht, dem dann die Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich folgten. Leider waren aber die meisten Abgeordneten der CDU-Fraktion, die ja sonst so auf Traditionspflege Wert legen, in diesem Fall offensichtlich gänzlich anderer Meinung. Ob es daran lag, dass sich ausgerechnet »Die Linke.« für die »Schwarze Jule« einsetzte?

Unsere Fraktion hat sich zunächst im Juli vor Ort ein Bild vom Zustand der Gleisanlagen gemacht und einen Vorschlag eingebracht, dem dann die Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich folgten. Leider waren aber die meisten Abgeordneten der CDU-Fraktion, die ja sonst so auf Traditionspflege Wert legen, in diesem Fall offensichtlich gänzlich anderer Meinung. Ob es daran lag, dass sich ausgerechnet »Die Linke.« für die »Schwarze Jule« einsetzte?

**Heinz-Peter Bischoff,**  
Stellv. Fraktionsvorsitzender der  
Fraktion Die Linke. der SVV Forst



## Angemerkt!

**Auf dem Kreispartei-tag wurde die mit großem Interesse erwartete Diskussion zum Ausstieg aus der Braunkohle nicht geführt. Es war ein zeitliches Problem. Aus**

**diesem Grunde vertagte sich der Kreispartei-tag, um die Diskussion zum Leit-antrag und damit auch zur Problematik Braunkohle in Ruhe und Sachlichkeit führen zu können. Als unmittelbar Betroffener stimmt unser OV nicht mit allen Positionen der veröffentlichten Meinung der LINKEN überein. Deshalb an dieser Stelle noch einmal zusammengefasst unsere Auffassungen:**

Wir wissen um die Notwendigkeit einer Energiewende in Deutschland und in der Welt. Eine ernsthafte Klimadiskussion muss geführt werden.

Die Entscheidung zum Ausstieg aus der Braunkohle bedarf der Beantwortung einer Reihe von Fragen, die aus unserer Sicht bisher nicht ausreichend diskutiert wurden:

- Welche Auswirkungen hat ein solcher Beschluss auf den Import von Steinkohle, Öl und Gas?

- Wie viel Windeignungsgebiete verkräftet Brandenburg?
- Wie viel unsererer landwirtschaftlichen Flächen können für die Biomasse genutzt werden, ohne Verwerfungen in der Landwirtschaft zuzulassen?
- Durch welche Maßnahmen kann der Energieverbrauch drastisch gesenkt werden?
- Wie können Energieunternehmen für die Energiewende in die Verantwortung genommen werden?

Man kann die Reihe der Fragestellungen weiterführen. Unsere Position beinhaltet die Forderung, alle Energieträger zu bewerten und alle energiestrategischen Fragen in die öffentliche Debatte zu führen.

**Anke Schwarzenberg,**  
Ortsvorsitzende Die Linke.

Mittwoch, 21. November, 18:30 Uhr  
MITGLIEDERVERSAMMLUNG  
im Bürgerzentrum

Themen: • Information: Energiepolitische Konferenz in Hamburg  
• Information zum 1. Kreispartei-tag in Cottbus  
• Informationen aus dem Stadt-parlament



## Der Bundesgeschäftsführer meint Presseerklärungen von Dietmar Bartsch zu aktuellen Themen

### Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

**Das Statistische Bundesamt vermeldet für das produzierende Gewerbe und den Dienstleistungsbereich im Osten Deutschlands nur 71 Prozent des Westlohns, oder fünf Euro die Stunde weniger. Solch ein gravierender, durch nichts zu rechtfertigender Unterschied ist im Jahr 17 nach der Vereinigung ein gesellschaftlicher Skandal.**

Das Märchen von den niedrigeren Lebenshaltungskosten im Osten glaubt keiner mehr, der sich einigermaßen auskennt. Dass »Lohnzurückhaltung« Arbeit schafft, widerlegt die doppelt so hohe Arbeitslosenquote in Ostdeutschland nachdrücklich.

Höhere Zukunftschancen und bessere Bezahlung sind Hauptgründe für die anhaltende Abwanderung gerade junger Menschen aus den nicht mehr ganz so neuen Ländern.

Der Grundsatz: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss selbstverständlich sein und wird von uns schon lange gefor-

dert. Zumal der psychologische Effekt, die Aufhebung der gefühlten Trennung in Ost- und bessere Deutsche, eine wohlthuende Wirkung aufs ganze Land hätte.

Bis zur Lohnangleichung sollte auch die Berufsgruppe der Bundeskanzlerinnen nur 71 Prozent erhalten.

### SPD muss sich an Taten messen lassen

**Meint es die SPD ernst mit ihren Parteitagebeschlüssen zu Kindergeld bis 27, zur Verlängerung des Arbeitslosengeldes I, zur Bekämpfung des Rechtsextremismus oder gegen die Kapitalprivatisierung der Bahn, kann sie bei der Umsetzung mit der Unterstützung der LINKEN rechnen.**

Die derzeitige Politik in der Großen Koalition, vor allem in der Finanz-, Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Außenpolitik spricht eine deutlich andere Sprache. Ich erinnere nur an den Eiertanz zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Es ist unglaublich, Unter-

schriften für die Einführung zu sammeln und den gleichlautenden Antrag dann im Bundestag abzulehnen. Nur DIE LINKE kann die SPD aus ihrer babylonischen Gefangenschaft mit der CDU befreien.

Den von Union und FDP viel zitierten »Linksruck« der SPD kann ich nicht erkennen, allenfalls ein kleines Schrittlchen zur Korrektur der von der SPD beschlossenen unsozialen Agenda-2010-Politik, die Deutschland in soziale Schiefelage gebracht hat. Es grenzt schon an Schizophrenie, dass die SPD erst im Bundestag die Kürzung des Kindergeldes oder des Arbeitslosengeldes I mit Inbrunst durchboxt und jetzt versucht, mit gleicher Inbrunst diese Fehler zu korrigieren. Wir werden die SPD nicht an ihren Worten, sondern an ihren Taten messen.

Programmatisch gibt es zwischen SPD und der Partei DIE LINKE genügend Schnittmengen. Das Problem ist die konkrete Politik. Es reicht nicht aus, den Begriff »Das soziale Deutschland.« plakativ zu besetzen, man muss auch praktisch etwas dafür tun. Diesen Beweis muss die SPD unter ihrem Vorsitzenden Kurt Beck erst noch erbringen. Mit dem Parteitag haben sich die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit von SPD und LINKEN auf kommunaler und auf Landesebene verbessert. Chancen für ein Mitte-Links Bündnis auf Bundesebene müssen erst aus der Gesellschaft erwachsen.

## »Sobald es möglich ist, abziehen«

### Interview zu Afghanistan mit Peter Scholl-Latour

(Aus Zeit-Fragen Nr. 40 vom 8.10.2007 [www.zeit-fragen.ch](http://www.zeit-fragen.ch))

**SÜDKURIER: Außenminister Steinmeier hat im Bundestag für die Fortsetzung des Bundeswehr-Einsatzes in Afghanistan geworben. Was meinen Sie, sollen unsere Truppen dort bleiben?**

PETER SCHOLL-LATOURE: Sie sollten, sobald es möglich ist, abziehen. Afghanistan ist der falsche Kriegsschauplatz. Ich bin wirklich kein Pazifist. Aber ich wundere mich immer über Leute, die früher die Friedensbewegten waren und nun in Afghanistan, wie Ernst Jünger sagte, die Kriegslustigen spielen. Dabei kennen sie die Lage in Afghanistan überhaupt nicht. Aus all diesen Erklärungen spricht eine krasse Unkenntnis der Situation.

**Die Bundesregierung verweist gerne auf die Erfolge beim Wiederaufbau. Das alles setze man bei einem Abzug aufs Spiel.**

Die Deutschen sind im Norden stationiert und damit in einer privilegierten Zone. Dort leben überwiegend Tadschiken, das heißt Leute, die auf Seiten der Nordallianz gekämpft haben – gegen die Taliban. Die Taliban sind im Wesentlichen eine paschtunische Bewegung. Außerdem ist es nicht so, dass die Deut-

schen im Norden das Land kontrollieren. Ich bin im vergangenen September im Privatwagen von Kabul nach Mazar-i-Sharif gefahren, acht Stunden über den Salang-Pass. Ich habe auf der ganzen Strecke keinen einzigen Nato-Soldaten gesehen.

**Verteidigungsminister Jung sagte im Bundestag, Afghanistan sei auf dem »Weg des Erfolgs«.**

Eine dumme Aussage.

**Warum? Wie ist die Lage denn Ihrer Meinung nach?**

Ich weiß effektiv, dass mindestens seit 2003 der Bundesregierung sehr realistische Berichte von den jeweiligen Kommandeuren in Afghanistan vorliegen, ebenso vom Bundesnachrichtendienst und vom jetzigen Botschafter. Es wird überhaupt keine Rücksicht darauf genommen. Man tut so, als hätte man es nicht gehört. Es ist so ähnlich wie das Verhalten der Amerikaner vor dem Irak-Krieg. Dort hat Bush alle Informationen, die ihm nicht in den Kram passten, weggeschoben.

Quelle: »Südkurier« vom 22.9.2007

## Arbeit ist das halbe Leben ...

**... heißt es. Was aber ist diese Hälfte wert, wenn man den ganzen Tag malocht und davon dennoch nicht in Würde leben kann? Wenn man dieselbe Arbeit wie seine Nebenfrau oder sein Nebenmann erledigt, der Lohn aber deutlich niedriger ist? Oder wenn man sich nicht sicher sein kann, ob man morgen geheuert oder gefeuert wird? Diese Ungerechtigkeiten und Unsicherheiten sind für Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land Realität.**

Der konjunkturelle Aufschwung hat zwar innerhalb eines Jahres 550 000 neue sozialversicherungspflichtige Stellen gebracht, doch fast jeder zweite neue Job ist ein Leiharbeitsverhältnis. Leiharbeiter erhalten 20 bis 40 Prozent weniger Lohn. Kündigungsschutz? Fehlanzeige. In vielen Betrieben arbeiten schon 40 Prozent der Beschäftigten in Leiharbeit. Auch Stammbesetzungen werden durch die neuerdings per Auktion ersteigerten Leiharbeiter unter Druck gesetzt. Dies darf so nicht weitergehen. DIE LINKE im Bundestag hat deshalb jetzt einen Antrag »Gute Arbeit – Gutes Leben. Initiative für eine gerechte Arbeitswelt« in den Bundestag eingebracht. ➤ S. 4

## Petra Paus Newsletter

### Die schärfsten Attacken kommen von vereidigten Ministern

**Bundesinnenminister Schäuble drängt auf Online-Durchsuchungen, unabhängig vom ausstehenden Urteil des Bundesverfassungsgerichtes.**

Die schärfsten Attacken auf verbrieft Grundrechte kommen derzeit nicht von Terroristen, auch nicht von Extremisten, sondern von vereidigten Ministern. Heimliche Online-Untersuchungen sind mehr als Haus-Durchsuchungen mit modernem Anlitz. Sie sind ein tiefer Eingriff in die geschützte Privatsphäre. Dagegen hilft auch kein parlamentarischer Kontrollausschuss, wie von der SPD vorgeschlagen. Die Mitglieder solcher Gremien erhalten wohl dosierte Hinweise, die sie dann verschwiegen mit ins Grab nehmen müssen. Sie können nicht kontrollieren, sie müssen tolerieren. Sie sind ein Feigenblatt für Naive.

### Verteidigungsministerium attackiert Pressefreiheit

**Das Verteidigungsministerium will das KSK noch mehr abschirmen und seine Soldaten vor der Öffentlichkeit tarnen.**

Das »Kommando Spezialkräfte« (KSK) ist schon jetzt eine Geheimarmee inmitten der Bundeswehr. Es entzieht sich jeder parlamentarischen Kontrolle und straft daher alle Lügen, die von der Bundeswehr als Parlamentsarmee sprechen. Etliche Vorwürfe, die derzeit in den zwei Untersuchungsausschüssen des Bundestages verhandelt werden, haben unmittelbar mit dem Agieren der KSK zu tun. Es sind schwere Vorwürfe gegen die Menschlichkeit. Laut »Spiegel« will das Verteidigungsministerium auch »rigid« gegen Journalisten vorgehen, die über die KSK berichten. Das wäre eine offene Kampfansage gegen die Pressefreiheit und damit gegen die Demokratie.

*(Petra Pau ist stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag und Mitglied des Innenausschusses)*

## Arbeit ist das ...

*(Fortsetzung von Seite 3)*

In ihm haben wir zusammengefasst, was DIE LINKE. im Interesse der Beschäftigten – egal ob auf dem ersten oder zweiten Arbeitsmarkt – für notwendig hält:

- einen gesetzlichen Mindestlohn von über 8 Euro;
- soziale Sicherheit, auch wenn man den Job mehrfach wechselt;
- Abschaffung entwürdigender Zumut-

barkeitskriterien bei der Arbeitsvermittlung;

- keine berufliche Benachteiligung von Frauen, gleicher Lohn für Leiharbeiter von der ersten Stunde an, Begrenzung der Arbeitnehmer-Überlassung auf drei Monate, mehr Kündigungsschutz, eine Verkürzung der gesetzlich zulässigen Wochenarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden sowie ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften.

Der Katalog der Forderungen ist lang.

Er zeigt, wie viel in der bundesdeutschen Arbeitswelt im Argen liegt. Rot-Grün und Rot-Schwarz haben nach Kräften dafür gesorgt, dass die Angst vor Hartz IV und sozialem Abstieg die Beschäftigten gefügig macht. Das ist nicht die moderne, kreative und gleichberechtigte Arbeitswelt von morgen, für die sich die LINKE. einsetzt. Gute Arbeit kann schon die Hälfte eines guten Lebens sein.

**Dagmar Enkelmann,  
Die Linke-Fraktion im Bundestag**

## PINNWAND

### Termine

Di., 20.11., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:  
**Sitzung der Fraktion DIE LINKE. der SVV Forst**

Di., 27.11., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:  
**DIE LINKE.-Ortsvorstandssitzung**

Mo., 03.12., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:  
**AG »Malxe-Blatt«**

Di., 04.12., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:  
**Sitzung der Fraktion DIE LINKE. der SVV Forst**

### Bußgeld- erhöhung

Die Strafen für sämtliche Verkehrssünden sollen in nächster Zeit deutlich erhöht werden. Auch die Alimente? **FBK**

### Von wegen Evolution

Forscher der Uni Zürich haben herausgefunden, dass die Europäer bereits vor 1,7 Millionen Jahren ähnlich gelaufen sind wie moderne Menschen. Also von Behörde zu Behörde, von Amt zu Amt, von ... **FBK**

### Geburtstage

22.11., 88 Jahre, Gen. Friedrich Schurmann  
04.12., 73 Jahre, Genn. Gerda Krautz in Döbern  
07.12., 95 Jahre, Genn. Klara Kitzing  
07.12., 83 Jahre, Genn. Johanna Eitner  
07.12., 65 Jahre, Gen. Dietrich Richter  
09.12., 81 Jahre, Gen. Hans Gebauer

*Herzlichen Glückwunsch den Jubilaren!*



RENTE MIT 67

Aus Eulenspiegel Nr. 11/07

**Impressum:** Herausgeber: Ortsvorstand Forst **DIE LINKE.**  
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst **DIE LINKE.**  
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Cottbuser Straße 54, 03149 Forst  
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07

oder im

Internet: [spree-neisse.dielinke-brandenburg.de](http://spree-neisse.dielinke-brandenburg.de)

E-Mail: [forst@dielinke-spree-neisse.de](mailto:forst@dielinke-spree-neisse.de)

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:

Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 601 900 059, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

**Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.**